

Windbranche steht bereit, den Ausstieg aus der Kohle mitzugestalten

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015
Pressemitteilung

Potsdam, 16.12.2015

Brandenburg darf sich durch ein Festhalten an der Braunkohle nicht zum Verlierer der globalen Energiewende machen. Durch die Beschlüsse der Klimakonferenz in Paris kommt der Abschied von der Braunkohle womöglich schneller als bisher gedacht.

Nach dem Klimagipfel in Paris fordert der Bundesverband WindEnergie die Brandenburger Landesregierung auf, sich schneller und besser auf den Ausstieg aus der Braunkohle-Wirtschaft vorzubereiten. „Durch die Beschlüsse der Weltgemeinschaft wird die globale Energiewende schneller kommen als gedacht. Für Vorreiter bei den Erneuerbaren werden sich hier Märkte beim Einsatz regenerativer Kraftwerke, Stromspeicher und intelligenter Stromnetze eröffnen. Das Land hat gute Ansätze, hier könnte tatsächlich ein Silicon Valley der globalen Energiewende entstehen“, so Jan Hinrich Glahr, Landesvorsitzender des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) in Berlin und Brandenburg.

„Die Brandenburger Windenergieunternehmen stehen bereit, diese Chance gemeinsam mit der Landesregierung zu nutzen und in den Wandel zu investieren“, so Glahr weiter. „Wir respektieren, dass der Ausstieg aus der Braunkohle dem Land und besonders der Region Lausitz schwerfällt. Mit dem Festhalten an der Braunkohle läuft das Land aber Gefahr, den Strukturwandel zu verschlafen. Wir müssen aufpassen, dass es Brandenburg nicht so geht wie den großen Energiekonzernen E.on, RWE, Vattenfall und Co.: Vor Jahren waren das wirtschaftliche und politische

Riesen. Aber sie haben sich der Energiewende zu lange verweigert, sie finden sich heute in der Welt der Erneuerbaren kaum zurecht. Wenn Brandenburg nicht ebenso zu den Verlierern der globalen Energiewende gehören will, muss die Landesregierung jetzt konsequent auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den Umbau der Energiestruktur setzen.“

Das betrifft technische Innovationen wie „virtuelle Kraftwerke“ oder die zunehmende Verschränkung der Stromwirtschaft mit der Mobilität etwa über Wasserstoffspeicher, die auch in Brandenburg entwickelt werden.

„Wir werden alles dafür tun, dass Brandenburg auch im Zeitalter nach der Kohleverstromung „EnergieLand“ bleibt. Die Branche der Erneuerbaren will Verantwortung übernehmen und durch Investitionen die sozialen sowie wirtschaftlichen Auswirkungen des Strukturwandels auffangen. Wir sind überzeugt, dass in der Energiewende mehr Chancen als Risiken für Brandenburg stecken“, so Glahr.

Schon heute arbeiten in Brandenburg gut 6.700 Beschäftigte in der Windenergie. Die Branche erzielt in Brandenburg eine jährliche Wertschöpfung von rund 1 Milliarde Euro.

In der Anlage senden wir Ihnen unsere Pressemitteilung als PDF.

Kontakt:

Jan Hinrich Glahr
Landesvorstand BWE Berlin-Brandenburg
Gregor-Mendel-Str. 36-37
14469 Potsdam
Tel: 0331 27342-884
Mobil: 0179-4890713

Laut Behörde: Diese Adventskalender sind mit gefährlichen Mineralölen belastet – Netto Marken-Discount zieht gegen bayerisches Landesamt vor Gericht

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015

Pressemitteilung

- Nach foodwatch-Antrag: Bayerisches Gesundheitsamt nennt Namen der Produkte**
- Kritik an Versäumnissen von Verbraucherministerin Ulrike Scharf
- foodwatch fordert Informationspflicht für Behörden bei Gesundheitsrisiken

Berlin, 17. Dezember 2015. Nur acht Tage vor Weihnachten hat die bayerische Lebensmittelbehörde am späten Mittwoch Nachmittag die Namen der nach eigenen Angaben mit gefährlichen Mineralölen verunreinigten Schokoladen-Adventskalender herausgegeben und damit einem Antrag der Verbraucherorganisation foodwatch stattgegeben. Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) hatte die Produkte bereits im November untersucht, die Namen jedoch unter Verschluss gehalten und auch den Verkauf der laut

LGL belasteten Kalender nicht gestoppt. foodwatch warf dem Landesamt und der bayerischen Verbraucherministerin Ulrike Scharf eine verfehlte Gesundheits- und Informationspolitik vor.

Aromatische Mineralöle, die als potenziell krebserregend und erbgutverändernd gelten, wurden nach Angaben des LGL in der Schokolade der folgenden Adventskalender nachgewiesen (Angabe in Klammern: Hersteller bzw. hergestellt für):

- Adventskalender „Tischkalender zum Aufstellen“ (Feodora, Bremen)
- Adventskalender „Santa“s Schlitten“ (Frankenwald Confiserie Bauer, Ludwigsstadt)
- Adventskalender „Für große Kinder“ (Frankenwald Confiserie Bauer, Ludwigsstadt)
- Adventskalender „Goldora“ (Windel GmbH & Co. KG, Osnabrück)

foodwatch vorliegenden Unterlagen des LGL zufolge hat die Behörde auch in diesem Kalender aromatische Mineralöle gefunden:

- Adventskalender „Santa Claus In Town“ (Netto Marken-Discount)

Weil Netto Marken-Discount auf dem Gerichtsweg versucht hat, eine Herausgabe dieser Information durch das LGL zu verhindern, konnte die Behörde selbst diese Angabe bislang nicht herausgeben. Da foodwatch dem Gerichtsverfahren jedoch beigeladen ist, erhielt die Verbraucherorganisation Kopien der Schriftsätze, aus denen das betroffene Produkt hervorgeht, und machte diese gesundheitsrelevante Information ebenfalls öffentlich.

Die Adventskalender wurden teilweise offenbar auch über Bayern hinaus verkauft. Nähere Angaben dazu liegen foodwatch jedoch nicht vor.

„Bereits Ende November hätten die Behörden in Bayern den Verkauf der Kalender stoppen und die Öffentlichkeit informieren können“, kritisierte foodwatch-Sprecher Martin Rücker. „Stattdessen lehnten sie die Nennung der Produktnamen zunächst ab, um sie später nach förmlichem Antrag und nach einer Anhörung der Unternehmen dann doch herauszugeben – wenige Tage vor Weihnachten, wenn ein Großteil der Schokolade bereits verzehrt ist. Ministerin Scharf hat zu verantworten, dass zahlreichen Kindern völlig unnötige und vermeidbare Gesundheitsrisiken zugemutet wurden.“

Im Bescheid des LGL heißt es: „...das Vorhandensein auch nur von geringen Bestandteilen einer potentiell krebserregenden Substanz [...] unterliegt einem besonderen Informationsinteresse“. Umso mehr steht die Frage im Raum, weshalb Behörde und bayerisches Ministerium nicht sofort nach Vorlage der Messwerte aktiv über die Testergebnisse informiert haben. Der Fall zeigt aus Sicht von foodwatch, dass selbst bei Gesundheitsrisiken eine ausreichende Informationspolitik der Behörden nicht sichergestellt ist. Die Verbraucherorganisation kritisierte, dass eine Informationspflicht für die Lebensmittelbehörden fehle, und forderte Bundesernährungsminister Christian Schmidt zu einer gesetzlichen Klarstellung auf. „Bei Gesundheitsrisiken darf es keine Ermessensspielräume mehr geben: Wenn eine Behörde etwas weiß, dann muss sie auch informieren“, so foodwatch-Sprecher Martin Rücker.

Das LGL hatte eigenen Angaben zufolge im November elf Adventskalender analysiert. Über die Untersuchung hatte die Behörde am 1. Dezember auf ihrer Internetseite berichtet, ohne dabei Messdaten und ohne die Namen der getesteten Produkte zu nennen. Die laut LGL belasteten Kalender blieben also nicht nur im Verkauf, den Verbraucherinnen und Verbrauchern wurde zudem vorenthalten, um welche Kalender es sich handelt. Eine Anfrage von foodwatch nach Nennung der Namen ließen sowohl die Pressestelle des LGL als auch die des

Verbraucherschutzministeriums zunächst unbeantwortet. Am Donnerstag der vergangenen Woche startete foodwatch daraufhin eine E-Mail-Aktion, über die in kurzer Zeit mehr als 17.000 Menschen Ministerin Ulrike Scharf aufforderten, die Namen öffentlich zu machen. Schließlich stellte foodwatch zusätzlich einen förmlichen Eil-Antrag unter Berufung auf das Verbraucherinformationsgesetz (VIG). Das LGL gab dem Antrag statt und setzte in einem „Eilverfahren“ immerhin auch die für solche Fälle üblicherweise geltenden Auskunftsfristen von zwei Monaten außer Kraft, die zu einer Veröffentlichung der Angaben frühestens im Februar 2016 geführt hätten. Zunächst jedoch bat die Behörde, wie beim VIG üblich, die betroffenen Unternehmen um Stellungnahme, wodurch eine Information der Öffentlichkeit weitere Tage nach hinten geschoben wurde. Am gestrigen Mittwoch schließlich übersandte das LGL die Namen der Produkte an foodwatch und folgte auch der Bitte der Verbraucherorganisation, die Angaben auf der eigenen Internetseite öffentlich zu machen.

„Dieses Hin und Her und all die formalen Verzögerungen waren komplett unnötig. Das Lebensmittelrecht gibt den Behörden die Möglichkeit, bei Gesundheitsrisiken sofort zu handeln und sofort zu informieren – es verpflichtet sie aber nicht dazu. Der Schildbürgerstreich rund um die Adventskalender zeigt, dass sich dies dringend ändern muss“, so foodwatch-Sprecher Martin Rücker.

Link:

E-Mail-Aktion für einen besseren Schutz vor Mineralöl in Lebensmitteln www.mineraloel-aktion.foodwatch.de

Quellen und weiterführende Informationen:

- Auskunft zu den laut LGL belasteten Kalendern einschließlich der Messwerte: www.tinyurl.com/auskunft-lgl
- Information zum Adventskalender von Netto Marken-Discount aus den Schriftsätzen zum Gerichtsverfahren:

www.tinyurl.com/gericht-netto

– LGL Bayern zur Adventskalender-Untersuchung:
www.tinyurl.com/advent-bayern

– LGL-Bescheid vom 14.12.: www.tinyurl.com/bescheid-lgl

– Erste foodwatch-Anfrage an das LGL und das bayerische
Staatsministerium (9.12.): www.tinyurl.com/anfrage-bayern

– Förmlicher VIG-Antrag von foodwatch an das LGL (11.12.):
www.tinyurl.com/vig-antrag-lgl

– LGL-Antwort auf den foodwatch-Antrag nach VIG (11.12.):
www.tinyurl.com/antwort1-lgl

– foodwatch-Hintergrundpapier Mineral-Öl:
www.mineraloel-hintergrund.foodwatch.de

– Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) zu Mineralöl:
tinyurl.com/ovgvtkz

– EFSA Scientific Opinion: tinyurl.com/p9kauf

– Forschungsprojekt des BMELV 2012:
download.ble.de/09HS012.pdf

Pressekontakt:

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

ABO Wind und SüdWestStrom

kooperieren

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015

Die ABO Wind AG (ABO Wind) und die Südwestdeutsche Stromhandels GmbH (SüdWestStrom) prüfen und entwickeln Windparks zukünftig gemeinsam.

Tübingen/Wiesbaden. Der Windpark-Projektentwickler ABO Wind und die Stadtwerke-Kooperation SüdWestStrom arbeiten ab sofort in allen Phasen der Entwicklung und des Betriebs von Windparks zusammen. Die Geschäftsführer der beiden Unternehmen unterschrieben den Vertrag am 15. Dezember in Tübingen. Mit der Kooperation wollen beide Unternehmen Entscheidungsprozesse bei der Entwicklung neuer Onshore-Projekte beschleunigen und Stadtwerke an Windparks mit konservativem Risikoansatz teilhaben lassen.

Stefan Fella, Geschäftsführer Markt bei SüdWestStrom, sagt: „Zusammen mit ABO Wind werden wir die Projekte finden und entwickeln, die den Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsansprüchen von kommunalen Versorgern entsprechen. ABO Wind ist mit exzellenten Fachleuten und großer Erfahrung der ideale Partner für uns.“ Das Modell von SüdWestStrom erleichtert kleinen und mittleren Stadtwerken den Einstieg in Windpark-Projekte und stärkt den kommunalen Beitrag bei der Umsetzung der Energiewende. Die Stadtwerke-Kooperation erwirbt Windparks und verkauft anschließend die Anteile der Projekte an Gemeinde- und Stadtwerke. Die kommunalen Energieversorger bekommen so Zeit für Entscheidungen in Aufsichts- und Gemeinderäten. Insgesamt 30 kommunale Unternehmen beteiligen sich bereits an den Windparks in Suckow und Donstorf.

„Die Kooperation mit regional verankerten Akteuren erleichtert die Projektentwicklung und verbessert die Akzeptanz der Windkraft vor Ort – das ist für den Erfolg der Energiewende ein wesentlicher Faktor“, sagt ABO Wind-Vorstand Dr. Jochen

Ahn. „Stadtwerke sind für uns wichtige Partner, und wir freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit SüdWestStrom.“

Pressebilder

Unter

<http://www.suedweststrom.de/neuigkeiten/pressebilder.html>
finden Sie ein Bild von der Vertragsunterschrift und Windpark-Motive.

Über ABO Wind

Seit 20 Jahren entwickelt ABO Wind Windparks. Damit zählt das Unternehmen mit Stammsitz in Wiesbaden zu den Pionieren der Branche in der Mitte und im Süden Deutschlands. Rund 530 Windkraftanlagen mit 1.100 Megawatt Gesamtleistung hat ABO Wind bislang ans Netz gebracht. Die jährliche Stromproduktion dieser Windparks entspricht dem Haushaltsverbrauch von 1,7 Millionen Menschen.

1996 gründeten Jochen Ahn und Matthias Bockholt, die weiterhin als Mehrheitseigentümer und Vorstände aktiv sind, das Unternehmen als Zwei-Mann-Betrieb. Seither ist ABO Wind stetig gewachsen und zählt nun mit einem jährlichen Projektvolumen von rund 250 Millionen Euro zu Europas versierten Entwicklern von Windkraftprojekten. Rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind aktuell in Deutschland, Frankreich, Irland, Großbritannien, Finnland, Spanien und Argentinien tätig.

Um Bürger finanziell am Betrieb von Windparks zu beteiligen, hat ABO Wind 2010 die Bürgerwindaktie ABO Invest (www.buergerwindaktie.de) gegründet. Mehr als 4.000 Bürger haben sich bereits als Aktionäre beteiligt und profitieren von der Wertschöpfung aus dem Betrieb von Windparks.

Über SüdWestStrom

1999 gegründet, hat sich die Südwestdeutsche Stromhandels GmbH (SüdWestStrom) zum Ziel gesetzt, die Position von Stadtwerken im Wettbewerb zu verbessern, Synergien zu schaffen und so gemeinsame Chancen zu nutzen. Aktuell zählen 57 Stadtwerke zu

den Gesellschaftern. Mehr als 160 kommunale Energieversorger beschaffen Strom und Erdgas über die Portfolio-Pools von SüdWestStrom. Am Firmensitz in Tübingen beschäftigt die Stadtwerke-Kooperation derzeit über 80 Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2014 hat SüdWestStrom einen Umsatz von 734 Millionen Euro und einen Jahresüberschuss von 5,8 Millionen Euro erwirtschaftet.

Die Dienstleistungen von SüdWestStrom reichen von Energiehandel, Bilanzkreis- und Portfoliomanagement bis zu Marktkommunikation und Energiedatenmanagement für Erdgas- und Stromnetze. Zudem bietet SüdWestStrom das Preisorientierte Lastmanagement an. Mit dieser Dienstleistung können Stadtwerke ihre eigenen flexibel einsetzbaren Anlagen anhand von Börsenpreisen so steuern lassen, dass die Kosten sinken und die Effizienz steigt. Seit 2013 unterstützt die Stadtwerke-Kooperation zudem kommunale Energieversorger dabei, einen eigenen Vertrieb von Strom und Erdgas aufzubauen.

Über SüdWestStrom können sich Stadtwerke und Energiegenossenschaften an Erzeugungsprojekten im Bereich der erneuerbaren Energien beteiligen. Der SüdWestStrom Windpark Suckow GmbH & Co. KG gehört ein 32,5-MW-Windpark in Mecklenburg-Vorpommern und der SüdWestStrom Windpark Donstorf GmbH & Co. KG ein 11,5-MW-Windpark in Niedersachsen.

Ansprechpartner bei SüdWestStrom / Telefon / E-Mail

Alexander Raithel, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / +49 7071 157-3790 / alexander.raithel@suedweststrom.de

Ansprechpartner bei ABO Wind / Telefon / E-Mail

Alexander Koffka, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / +49 611 267 65 515 / alexander.koffka@abo-wind.de

Im März 2016 startet die nächste Runde im berufsbegleitenden Weiterbildungsangebot „Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement“ (Zertifikatskurse | Zertifikatsprogramm | Master of Arts) an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015

Im März 2016 startet die nächste Runde im berufsbegleitenden Weiterbildungsangebot „Strategisches Nachhaltigkeitsmanagement“ (Zertifikatskurse | Zertifikatsprogramm | Master of Arts) an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Darunter

M1 Kartierung von Nachhaltigkeit – Wissen greifbar machen

M2 Nachhaltigkeitspositionierung in der beruflichen Praxis – Chancen und Herausforderungen

M3 Nachhaltigkeitsprojekt – Von der Idee zur Umsetzung

M6 Prozesskompetenz – Den Wandel systemisch (beg-)leiten

Werden Sie zum Changemaker und entwickeln Sie gemeinsam mit Nachhaltigkeitsprofis aus Wissenschaft und Praxis eine robuste Nachhaltigkeitsstrategie für Ihre Organisation! Am **Mittwoch**,

den 16. Dezember 2015 um 18.30h informiert Sie Studiengangsleiter Dr. Benjamin Nölting in einer kostenfreien Online-Infoveranstaltung über Inhalte, Organisation und Zugangsvoraussetzungen. Stellen Sie im Anschluss Ihre Fragen! Mehr Infos erhalten Sie unter www.snm-hnee.de

Einen Zugangslink können Sie unter nachhaltigkeitsmanagement@hnee.de anfordern.

Britta Kunze

Studiengangskoordination Strategisches
Nachhaltigkeitsmanagement
M.A. | Zertifikatskurse | Zertifikatsprogramm

Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH)
Fachbereich Landschaftsnutzung und Naturschutz
Schicklerstr. 5
16225 Eberswalde

Tel. +49 (0) 3334-657 313
Fax. +49 (0) 3334-657 3800 313
britta.kunze@hnee.de
www.hnee.de/snm

**Behörde prüft „im
Eilverfahren“ Nennung
mineralölbelasteter**

Adventskalender – foodwatch wirft Bayerischer Verbraucherschutzministerin verfehlte Informationspolitik vor

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015

Pressemitteilung

Berlin, 14. Dezember 2015. Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) prüft nun doch eine kurzfristige Nennung der mit gefährlichen Mineralölen belasteten Schokoladen-Adventskalender. Zuvor hatte foodwatch die Veröffentlichung der bislang zurückgehaltenen Informationen beantragt. „Wir werden das Verfahren als Eilverfahren führen“, teilte das LGL mit. Allerdings sei es „frühestens am Mittwoch, den 16.12.2015, möglich“, die Informationen herauszugeben. Zunächst seien die betroffenen Unternehmen zur Anhörung angefragt worden. Dieser formale Schritt ist nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) erforderlich, auf das sich die Verbraucherorganisation behelfsweise bei ihrem Auskunftsantrag berufen hatte. foodwatch kritisierte jedoch, dass Bayern die gesundheitsrelevanten Informationen ohne Antrag längst von sich aus hätte publik machen können – ohne Anhörung der Unternehmen und damit sehr viel schneller.

„Es ist ein Schildbürgerstreich, bei dem einem das Lachen im Halse stecken bleibt. Die Verantwortung für diese verfehlte Politik trägt die bayerische Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf“, kritisierte foodwatch-Sprecher Martin Rücker. „Erst weisen die Behörden Mineralölbelastungen in Adventskalendern nach, lassen die Produkte aber einfach im

Handel und muten zahlreichen Kindern vermeidbare gesundheitliche Risiken zu. Dann hält Bayern die Namen der betroffenen Produkte geheim, obwohl das Lebensmittelrecht den Behörden die Möglichkeit einräumt, diese sofort und ohne Antrag publik zu machen. Jetzt wird die Veröffentlichung der Namen zwar geprüft, aber nur nach einem förmlichen Antragsverfahren, so dass noch mehr Zeit verloren geht. Am Ende wird, vielleicht, wenn die betroffenen Unternehmen nichts dagegen haben, doch noch eine Information erfolgen – dann, wenn die belastete Schokolade fast vollständig verzehrt ist.“

Das LGL hatte eigenen Angaben zufolge im November elf Adventskalender analysiert und in fünf Schokoladen so genannte aromatische Mineralöle (MOAH) gefunden. Über die Untersuchung hatte das LGL am 1. Dezember auf seiner Internetseite berichtet, ohne dabei Messdaten und ohne die Namen der getesteten bzw. belasteten Produkte zu nennen. Die Kalender blieben also nicht nur im Verkauf – in Bayern, aber offenbar auch darüber hinaus -, den Verbraucherinnen und Verbrauchern wurde zudem jede konkrete Information vorenthalten.

Auch wenn es für aromatische Mineralöle bislang keine gesetzlichen Grenzwerte gibt, haben die Behörden im eigenen Ermessen die Möglichkeit, belastete Produkte aus dem Handel zu nehmen und öffentlich über die Belastung zu informieren. Im aktuellen Falle wäre dies nach Auffassung von foodwatch dringend geboten gewesen. Das LGL selbst bewertet aromatische Mineralöle als „besonders bedenklich, da hier potentiell krebserregende Substanzen enthalten sein können“, und betont: „Der Übergang auf Lebensmittel ist daher vor allem bei dieser Fraktion unerwünscht.“ Die europäische Lebensmittelbehörde EFSA bezeichnet MOAH zudem als potenziell erbgutverändernd. Wegen dieser Risikobewertung gibt es für aromatische Mineralöle keine unbedenklichen Schwellenwerte – ein Risiko besteht, sobald die Substanzen in Lebensmitteln nachgewiesen wurden.

foodwatch hatte die bayerische Verbraucherschutzministerin

Ulrike Scharf Ende der vergangenen Woche aufgefordert, die Namen der belasteten Adventskalender öffentlich zu machen. Eine entsprechende E-Mail-Aktion unter www.adventskalender.foodwatch.de unterzeichneten seither bereits mehr als 16.000 Menschen. Doch anstatt die Möglichkeit einer aktiven Informationspolitik nach dem Lebensmittelrecht (§ 40 LFGB) zu nutzen, verwies das LGL gegenüber Medien auf das Verbraucherinformationsgesetz (VIG), in dem geregelt ist, welche Informationen auf Antrag veröffentlicht werden müssen. Das VIG sieht dafür jedoch langwierige formale Abläufe vor – unter anderem die Anhörung der betroffenen Unternehmen. Die üblichen Fristen von zwei Monaten für einen solchen Fall hat das LGL durch die Ankündigung eines „Eilverfahrens“ nun immerhin außer Kraft gesetzt. Bei einer aktiven Information unabhängig von einem Antrag wären die Behörden jedoch weder an Fristen noch an eine Anhörung der Unternehmen gebunden gewesen.

Aus Sicht von foodwatch zeigt die Posse um die belasteten Adventskalender die Notwendigkeit einer klaren gesetzlichen Regelung auf Bundesebene. Sprecher Martin Rücker: „Solange die Behörden Ermessensspielräume haben, wird zu oft wirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor dem Gesundheitsschutz gegeben. Es ist die Aufgabe von Bundesernährungsminister Christian Schmidt, im Lebensmittelrecht endlich klarzustellen: Gesundheitsrelevante Informationen sollen nicht nur, sondern müssen sofort und ohne Wenn und Aber veröffentlicht werden.“

Link:

– E-Mail-Aktion an Bayerns Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf: www.adventskalender.foodwatch.de

Quellen und weiterführende Informationen:

– LGL-Antwort auf den foodwatch-Antrag nach VIG: www.tinyurl.com/lgl-antwort1

- LGL Bayern zur Adventskalender-Untersuchung:
www.tinyurl.com/advent-bayern
- foodwatch-Anfrage an das LGL und das bayerische
Staatsministerium: www.tinyurl.com/anfrage-bayern
- foodwatch-Hintergrundpapier Mineral-Öl:
www.mineraloel-hintergrund.foodwatch.de
- Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zu Mineralöl:
www.tinyurl.com/ovgvtkz
- EFSA Scientific Opinion: www.tinyurl.com/p9kausf
- Forschungsprojekt des BMELV 2012:
download.ble.de/09HS012.pdf

Pressekontakt:

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

**EVERSFRANK GRUPPE und
comosoft unterstützen
gemeinnützige Projekte,
Initiativen und Vereine mit
einem Förderbeitrag von**

insgesamt 20.000 Euro.

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015



Presseinformation

Bundesweiter Wettbewerb „Ideenfutter“ startet am 15. Dezember

Meldorf, 14. November 2015 – Die EVERSFRANK GRUPPE und die comosoft GmbH bieten im kommenden Jahr Bewerbern aus dem gesamten Bundesgebiet die Möglichkeit, einen Förderbetrag von 20.000 Euro für insgesamt vier Projekte zu erhalten. Vom 15. Dezember 2015 bis zum 29. Februar 2016, können Projekte, Initiativen und Vereine, die sich in den Bereichen Soziales, Umwelt, Kultur und Sport engagieren, schriftlich bewerben.

„Oft werden zum Jahreswechsel gute Vorsätze gefasst. Wir haben unsere guten Vorsätze für 2016 schon in die Tat umgesetzt. Gute Ideen und das Pflegen von Innovationskultur gehört bei EVERSFRANK zur Unternehmensphilosophie. Insofern ist es für uns ein logischer Schritt, diese Kultur auch in der Gesellschaft zu fördern“, erklärt Matthias Langenohl, Geschäftsführer der EVERSFRANK GRUPPE. Die Gewinner der vier Kategorien werden durch eine unabhängige Fachjury ausgezeichnet und haben die Chance auf eine Spende in Höhe von 1.000 Euro bis 10.000 Euro. Die Summe ist abhängig vom „Ideenfutter“-Projekt und der benötigten Summe.

Für Langenohl ist „Ideenfutter“ eine Herzensangelegenheit: „Uns ist es wichtig, soziales Engagement, Nachhaltigkeit, kulturelle Vielfalt und den Sport zu fördern, um kreative Ideen und Lösungen für ein lebenswertes Miteinander voranzutreiben. Dies wollen wir mit dem Wettbewerb ‚Ideenfutter‘ in die Tat umsetzen.“ Schon jetzt ist das international agierende Medienunternehmen vor allem im Bereich Umwelt sehr aktiv und setzt sich zum Beispiel mit dem forstwirtschaftlichen Unternehmen Evers-ReForest® für die Erstaufforstung von Laubmischwäldern ein, um Treibhausgase, die im Produktionsprozess entstehen, zu kompensieren.

Bewerbungsunterlagen können per E-Mail mit dem Betreff: IDEENFUTTER an anmeldung@ideenfutter.de oder an EVERSFRANK GRUPPE, Frau Sabine Höhnke, Stichwort: Ideenfutter, Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf, gesendet werden. Die Bewerbung sollte die vollständigen Kontaktdaten, den Nachweis der Gemeinnützigkeit und die Kategorie enthalten. Außerdem eine Projektbeschreibung, die die Idee und die Verwendung des möglichen Fördergeldes beschreibt.

Alle Informationen zum Wettbewerb und detaillierte Anforderungen an die Bewerbung finden Interessierte auf www.ideenfutter.de.

Über Ideenfutter:

Ideenfutter ist ein Wettbewerb, der 2015 von der EVERSFRANK GRUPPE und comosoft ins Leben gerufen wurde. Ziel des Wettbewerbs ist die Förderung und Auszeichnung von Projekten, Initiativen und Vereinen, die sich in den Bereichen Soziales, Umwelt, Kultur und Sport engagieren.

Nach Ablauf der Bewerbungsfrist werden die Sieger und Platzierten durch eine Fachjury, bestehend aus Dorothee Hunfeld (Vorstand Stiftung Mensch), Axel Jahn (Geschäftsführer der Loki Schmidt Stiftung), Helge Staack (Head of Festival Production „Wacken“, ICS Festival Service GmbH) und Thorsten Storm (Geschäftsführer THW Kiel) ausgewählt und im Rahmen

einer Preisverleihung ausgezeichnet. Weitere Informationen im Internet unter www.ideenfutter.de

Über die EVERSFRANK GRUPPE – Druck. Medien. Umwelt.

Die Eversfrank Gruppe als international agierendes Medienunternehmen beschäftigt rund 1.200 Mitarbeiter an zehn Standorten. Mit einem Umsatz von 300 Millionen Euro ist die Gruppe ein innovativer Partner in den Bereichen Druck, Medien und Umwelt. Im Bereich Druck bieten die Standorte Meldorf, Preetz, Alzey, Neumünster und Berlin Heatset- und Coldset-Rollendruck, Bogendruck mit hohem Inline-Veredelungsgrad und eine hohe Weiterverarbeitungskompetenz.

Im Bereich Medien gehört zur Unternehmensgruppe die ppi Media als weltweit agierender Software-Spezialist, der seit über 25 Jahren Workflowlösungen für die Verlags- und Druckindustrie entwickelt, vertreibt und installiert. Auch die comosoft GmbH, welche zu den weltweit führenden Anbietern von PIM-, Content-Management- und Database-Publishing-Systemen zählt, ist an Bord. Im Umweltbereich ergänzt das forstwirtschaftliche Unternehmen Evers-ReForest® die Unternehmensgruppe: Durch Erstaufforstung von Laubmischwäldern werden Treibhausgase, die im Produktionsprozess entstehen, kompensiert.

Weitere Informationen im Internet unter www.eversfrank.com

Abbildung: Matthias Langenohl, Geschäftsführer der EVERSFRANK GRUPPE

Hochauflösendes Bildmaterial gern auf Anfrage.

Pressekontakt:

Sabine Höhnke

Manager Corporate Communications

Eversfrank Gruppe

Tel.: +49 4832 608-455

E-Mail sabine.hoehnke@eversfrank.com

Internet www.eversfrank.com

Katja Niebuhr

Geschäftsführerin

nordzuwort – Agentur für Marketing, Werbung & PR

Tel.: +49 481 7750 1480

E-Mail niebuhr@nordzuwort.de

Internet www.nordzuwort.de

Bayerische Behörde findet riskante Mineralöle in Adventskalendern – und tut nichts

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015

Pressemitteilung – Thema: Mineralölrückstände in Lebensmitteln

Berlin, 10. Dezember 2015. Die Behörden in Bayern haben in der Schokolade mehrerer Adventskalender riskante Mineralölrückstände gefunden – jedoch keine Maßnahmen zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten ergriffen. Die Verbraucherorganisation foodwatch kritisierte am Donnerstag, dass weder der Verkauf der belasteten Produkte gestoppt wurde noch eine öffentliche Warnung ergangen sei. Auf Anfrage von

foodwatch wollten weder das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz noch das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) Angaben zu den betroffenen Produkten und den nachgewiesenen Rückstandsmengen machen.

„Mit ihrer Geheimhaltungspolitik tragen die Behörden nicht zu mehr Gesundheitsschutz bei, sondern sie verhindern ihn. Das Signal aus Bayern an die Hersteller lautet: Selbst wenn wir in einem Produkt riskante Substanzen finden, Konsequenzen hat das keine. Mit solchen Possen wird Gesundheitsschutz ad absurdum geführt“, kritisierte Luise Molling von foodwatch. Die Verbraucherorganisation startet heute unter www.adventskalender.foodwatch.de eine E-Mail-Aktion an die Bayerische Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf mit der Forderung, die Namen der belasteten Produkte unverzüglich publik zu machen, bevor auch die letzte Schokolade aus den Adventskalendern verzehrt ist.

Das LGL hatte eigenen Angaben zufolge im November elf Adventskalender analysiert und in fünf Schokoladen so genannte aromatische Mineralöle (MOAH) gefunden. Die Behörde selbst bezeichnet diese als „besonders bedenklich, da hier potentiell krebserregende Substanzen enthalten sein können“, und betont: „Der Übergang auf Lebensmittel ist daher vor allem bei dieser Fraktion unerwünscht.“ Die europäische Lebensmittelbehörde EFSA bezeichnet MOAH zudem als potenziell erbgutverändernd. Wegen dieser Risikobewertung gibt es für aromatische Mineralöle keine unbedenklichen Schwellenwerte – ein Risiko besteht, sobald die Substanzen in Lebensmitteln nachgewiesen wurden.

foodwatch warf dem LGL eine grobe Verharmlosung der Risiken vor. Mit Blick auf die angeblich „geringen Konzentrationen“ der nachgewiesenen Rückstände und die Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit aromatischen Mineralölen aus anderen Quellen kommt die Behörde zu dem Schluss, dass der Verzehr von Adventskalenderschokolade „nach Auffassung des LGL jedoch keinen Anlass zur Besorgnis“ gebe. Eine solche

Bewertung bezeichnete foodwatch mit Blick auf die wissenschaftlichen Risikobewertungen als haltlos.

Das LGL hatte über seine Untersuchung am 1. Dezember auf seiner Internetseite berichtet – ohne Messdaten und ohne die Namen der getesteten bzw. belasteten Produkte zu nennen. foodwatch verwies darauf, dass die Öffentlichkeit nach dem Verbraucherinformationsgesetz (VIG) ohnehin einen Anspruch auf Nennung der belasteten Produkte habe. Durch die Rechtsprechung ist geklärt, dass behördlich erhobene Messdaten keine Betriebsgeheimnisse darstellen und damit im Falle eines Antrags nach dem VIG herausgegeben werden müssten. Allerdings dauert eine solche Behördenauskunft nach VIG formal mindestens zwei Monate. Weil die belasteten Adventskalender damit erst weit nach Ende der Adventszeit bekannt geworden wären, hat foodwatch auf einen solchen förmlichen Antrag bewusst verzichtet und Ministerium sowie LGL formlos angefragt.

In seiner Zeit als Bundesverbraucherminister hatte sich der heutige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer unter anderem bei der Einführung des VIG zu dem Prinzip bekannt: „Schwarze Schafe beim Namen nennen“. Die Praxis in dem von ihm regierten Bayern ist davon weit entfernt.

Links:

– E-Mail-Aktion: in Kürze unter adventskalender.foodwatch.de

Quellen und weiterführende Informationen:

– LGL Bayern zur Adventskalender-Untersuchung: www.tinyurl.com/advent-bayern

– Unbeantwortete foodwatch-Anfrage an das LGL und das bayerische Staatsministerium: www.tinyurl.com/anfrage-bayern

– foodwatch-Hintergrundpapier Mineral-Öl: www.mineraloel-hintergrund.foodwatch.de

– Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zu Mineralöl:

www.tinyurl.com/ovgvtkz

– EFSA Scientific Opinion: www.tinyurl.com/p9kausf

– Forschungsprojekt des BMELV 2012:
download.ble.de/09HS012.pdf

Pressekontakt:

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Von wegen „unbedenklich“: Rewe kündigt Änderung bei mineralölbelasteter Bio- Eigenmarke an – Weiteres Unternehmen reagiert auf foodwatch-Test

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015

Pressemitteilung – Thema: Mineralölrückstände in Lebensmitteln

+++ ACHTUNG REDAKTIONEN: foodwatch-Aktion HEUTE (Donnerstag, 10.12.) um 14 Uhr am Rewe-Markt in Berlin-Prenzlauer Berg, Ecke Schivelbeiner Str./Seelower Str. +++

Berlin, 10. Dezember 2015. Nach längerem Abwiegen hat die Handelskette Rewe auf einen foodwatch-Test reagiert und Änderungen bei einer mit bedenklichen Substanzen belasteten Eigenmarke angekündigt. Die Verbraucherorganisation hatte in

„Rewe Bio Weichweizengrieß“ Rückstände aromatischer Mineralöle nachgewiesen, die als potenziell krebserregend und erbgutschädigend gelten. Rewe hatte auf den Test wochenlang gar nicht reagiert und das Produkt zuletzt entgegen den wissenschaftlichen Risikobewertungen öffentlich als „unbedenklich“ bewertet. Da Mineralölrückstände häufig aufgrund ungeeigneter Verpackungsmaterialien ins Lebensmittel gelangen, kündigte Rewe nun an, das Produkt im kommenden Jahr in einer neuen Verpackung anzubieten. Das geht aus einer Antwort des Bioverbands Naturland, unter dessen Siegel das Produkt erscheint, an foodwatch hervor.

foodwatch begrüßte diesen Schritt, kritisierte aber, dass Rewe die Produkte in der bisherigen Verpackung offenbar nicht aus dem Verkauf nehmen wolle. „Rewe erkennt endlich an, dass die Mineralölbelastung seines Produkts eben doch ein Problem darstellt: Wenn das Produkt wirklich unbedenklich wäre, wie Rewe unzutreffend behauptet hat, müsste ja auch nichts geändert werden“, erklärte Luise Molling von foodwatch. „Will Rewe seine Kunden konsequent vor einem Gesundheitsrisiko schützen, dann muss das Unternehmen dies allerdings jetzt tun und nicht erst nächstes Jahr. Der gerade bei Kindern beliebte Weichweizengrieß der Eigenmarke gehört öffentlich zurückgerufen und aus dem Verkauf genommen, bis das Produkt in der neuen, sicheren Verpackung erscheint.“

Die Ergebnisse einer umfangreichen Laboranalyse mit insgesamt 120 Lebensmitteln hatte foodwatch bereits Ende Oktober öffentlich gemacht. Dabei waren in einer Charge des Bio-Weichweizengrieß' von Rewe wie in acht weiteren Produkten aus Deutschland die besonders kritischen aromatischen Mineralöle nachgewiesen worden. Weil eine Reaktion von Rewe auf diesen Nachweis ausblieb, schrieb foodwatch das Handelsunternehmen Anfang November direkt an und wies noch einmal auf die Testresultate hin – doch Rewe ließ auch dieses Schreiben unbeantwortet. Schließlich veröffentlichte foodwatch selbst einen „Produktrückruf“, zudem beschwerten sich hunderte

Verbraucherinnen und Verbraucher vor allem auf Facebook bei Rewe – woraufhin das Unternehmen in den vergangenen Tagen in einer knappen Erklärung alle Probleme abstritt und sein Produkt als „unbedenklich“ bezeichnete. Weil aromatische Mineralöle jedoch nach Einschätzung der EU-Lebensmittelbehörde EFSA potenziell krebserregend und erbgutverändernd sind, gibt es keine unbedenklichen Werte, wenn die Substanzen in einem Produkt nachgewiesen sind.

Nun bewegte sich Rewe also doch. Über die geplante Verpackungsänderung informierte der Anbauverband Naturland, unter dessen Siegel der Rewe-Bio-Weichweizengrieß verkauft wird, foodwatch am gestrigen Mittwoch per E-Mail. Rewe habe „versichert“, heißt es darin, „dass die Produktverpackung im kommenden Jahr vorsorglich mit einem zusätzlichen Innenbeutel versehen wird, der eine Migration von MOAHs [aromatischen Mineralölen; Anmerkung foodwatch] auch aus Quellen, die nicht in der Verantwortung des Unternehmens liegen, zuverlässig ausschließt.“ Den Verweis auf die Verantwortung Dritter interpretiert foodwatch als Absicherung, denn natürlich tragen Hersteller und Handel Verantwortung für die bei Produktion, Verpackung oder Lagerung auftretenden Verunreinigungen. foodwatch hatte Naturland zuvor angeschrieben und um Stellungnahme zu der Belastung des Rewe-Produkts gebeten.

Vor Rewe hatten bereits die Unternehmen Hahne und Curti Verpackungsänderungen für im foodwatch-Test negativ aufgefallene Produkte angekündigt. Kaufland und Curti hatten einen öffentlichen Produktrückruf veranlasst, Real zudem ein belastetes Reis-Produkt von reis-fit ausgelistet. Dasselbe Produkt steht bei Rewe weiterhin im Markt. Auf Facebook erklärte Rewe dazu, dass das Produkt nur dann aus dem Verkauf genommen werde, wenn nicht foodwatch, sondern „der Hersteller oder eine autorisierte Behörde über eine mögliche Belastung“ informieren würde. Luise Molling von foodwatch kritisierte diese Haltung: „Wem die Gesundheit der Kunden wichtig ist, dem ist es egal, woher ein Hinweis auf ein Gesundheitsrisiko kommt

- die richtige Antwort auf einen solchen Hinweis ist: prüfen und dann handeln.“

Links:

- Testergebnisse foodwatch: www.mineraloel-test.foodwatch.de
- E-Mail-Aktion: www.mineraloel-aktion.foodwatch.de

+++ ACHTUNG REDAKTIONEN: foodwatch-Aktion HEUTE (Donnerstag, 10.12.) um 14 Uhr am Rewe-Markt in Berlin-Prenzlauer Berg, Ecke Schivelbeiner Str./Seelower Str. +++

Redaktionelle Hinweise:

- Fotos von der foodwatch-Aktion bei Rewe ab ca. 15.30 Uhr unter www.tinyurl.com/rewe-fotos
- Footage-Material zum Labortest: www.tinyurl.com/pwgyc7c

Quellen und weiterführende Informationen:

- foodwatch-Korrespondenz mit Naturland: www.tinyurl.com/naturland-antwort
- Rewe-Stellungnahme auf Facebook (Screenshot 9.12.): www.tinyurl.com/screenshot-rewe
- Antwortschreiben von Real an foodwatch: www.tinyurl.com/real-antwort
- Antwortschreiben von Metro an foodwatch: www.tinyurl.com/metro-antwort
- Anschreiben von foodwatch an Rewe: www.tinyurl.com/rewe-anschreiben
- foodwatch-Rückruf des Rewe-Produktes: www.tinyurl.com/rewe-rueckruf
- Offizieller Rückruf des Curti-Produktes bei Kaufland: www.tinyurl.com/kaufland-curti-rueckruf

- foodwatch-Hintergrundpapier Mineral-Öl:
www.mineraloel-hintergrund.foodwatch.de
- Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zu Mineralöl:
www.tinyurl.com/ovgvtkz
- EFSA Scientific Opinion: www.tinyurl.com/p9kausf
- Forschungsprojekt des BMELV 2012:
download.ble.de/09HS012.pdf
- Schreiben des Bundesernährungsministeriums an foodwatch:
www.tinyurl.com/pp77zat
- Spitzenverband der Lebensmittelwirtschaft BLL zu Mineralöl:
www.tinyurl.com/zhxc5zv

Pressekontakt:

Martin Rücker

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 – 2 90

Vor Ort während der Aktion: +49(0)1 74 / 3 75 16 89

Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz für Lotte Pfeffer-Müller

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015

PRESSEMITTEILUNG

Die ECOVIN Winzerin und ehemalige Vorstandsvorsitzende Lotte Pfeffer-Müller erhielt am Mittwoch 2.Dezember 2015 in Mainz

den Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz. Feierliche Ehrung durch Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Oppenheim, 07.12.2015. Die höchste rheinland-pfälzische Auszeichnung ist der Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz. Ministerpräsidentin Malu Dreyer verlieh ihn auch in diesem Jahr an Bürgerinnen und Bürger aus Rheinland-Pfalz, die Außergewöhnliches und Überdurchschnittliches für das Land geleistet haben.

Lotte Pfeffer-Müller wurde für Ihr Engagement im ökologischen Weinbau ausgezeichnet. Sie führt gemeinsam mit Ihrem Mann Hans Müller das Weingut Brüder Dr. Becker in Ludwigshöhe. Das Weingut ist Gründungsmitglied des Bundesverbandes Ökologischer Weinbau ECOVIN im Jahr 1985 und gehört zu den Pionieren des biologischen Weinbaus. Zudem ist das Weingut Brüder Dr. Becker Mitglied im VDP. Die Prädikatsweingüter und im Demeter Verband. Von 1993 bis 1995 war Lotte Pfeffer-Müller Vorstandssprecherin im ECOVIN Bundesvorstand, von 2008 bis 2015 bekleidete sie das Amt der Vorstandsvorsitzenden. In dieser Funktion war sie aktiv im Vorstand des Deutschen Weinbauverbands und im erweiterten Vorstand des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (B.Ö.L.W.). Seit 1989 ist sie Mitglied im Kuratorium bzw. Stiftungsrat der Stiftung Ökologie und Landbau (SÖL).

Lotte Pfeffer-Müllers' unermüdlicher Einsatz für die Bedürfnisse der ökologisch wirtschaftenden Winzerinnen und Winzer trug maßgeblich dazu bei, dass die Branche entscheidend nach vorne gebracht wurde. Sie setzte sich besonders stark auf europäischer Ebene für die Belange der Biowinzerinnen und -winzer in Deutschland ein und brachte ihre Expertise in die Diskussion um die Verarbeitungsrichtlinien mit ein.

Die Verleihung des Verdienstordens deckt die gesamte Bandbreite gesellschaftlichen Engagements ab und umfasst alle Bevölkerungskreise. Insbesondere sollen Leistungen derjenigen gewürdigt werden, die sich im Stillen und ohne öffentliches

Aufsehen engagieren. Die Zahl der Ordensträger ist auf 800 begrenzt. Der Präsident des Landes sowie Mitglieder der Landesregierung können die Ordensträger vorschlagen.

Lesen Sie auch die offizielle Pressemitteilung des Landes Rheinland-Pfalz.

ECOVIN

Bundesverband Ökologischer Weinbau

Wormser Str. 162

55276 Oppenheim

T + 49 (0)61 33 16 40 | F + 49 (0)61 33 16 09

s.sommer@ecovin.de

AB0 Wind, Green City Energy und Bürger-Energie Altertheim planen gemeinsam Windpark in Altertheim

geschrieben von Andreas | 18. Dezember 2015

Pressemitteilung

Altertheim, 07.12.2015. In der unterfränkischen Gemeinde Altertheim soll ein weiterer Windpark entstehen. Die Projektpartner Green City Energy, AB0 Wind und die örtliche Energiegenossenschaft Bürger-Energie Altertheim planen gemeinsam mit der Gemeinde drei Windenergieanlagen. Ende 2014 hat Green City Energy in Altertheim drei Anlagen in Betrieb genommen und auch die Bürger-Energie Altertheim hat bereits eine Anlage in der Region gebaut. AB0 Wind hat im Landkreis Würzburg 14 Windkraftanlagen errichtet. Im Rahmen eines

Bauleitplanverfahrens weist die Gemeinde aktuell Konzentrationsflächen für Windenergie aus und legt proaktiv mögliche Standorte für Windenergieanlagen vor Ort fest.

Die drei Projektpartner ABO Wind, Green City Energy und die lokale Genossenschaft Bürger-Energie planen in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Altertheim partnerschaftlich einen Windpark mit drei Anlagen in Altertheim. Jeder Projektpartner wird eine der drei geplanten Anlagen errichten. „Wir freuen uns sehr, dass wir durch diese Projektpartnerschaft die Möglichkeit auf ein zweites Genossenschafts-Windrad bekommen“, so Alfred Grimmer, Vorstandsvorsitzender der Bürger-Energie. „Das Projekt in Altertheim profitiert von der langjährigen Wind-Erfahrung der Projektpartner“, ergänzt Dr. Jochen Ahn, Vorstand von ABO Wind. „Wir arbeiten erfolgreich mit einigen Genossenschaften zusammen und erleben dabei immer wieder, dass die Bürger hinter der Energiewende stehen.“

Aktive Steuerung der Kommune über die Bauleitplanung

Über das aktuelle Bauleitplanverfahren können Kommunen noch immer aktiv entscheiden, wie der Ausbau der Windenergie vor Ort genau aussehen soll. Auch nach der Einführung der bayerischen 10H-Regelung können sie so ihre lokale Windplanung aktiv steuern, zukünftige Anlagen durch die Ausweisung von Konzentrationsflächen gezielt an ausgewählten Stellen bündeln, deren Anzahl und Standorte festlegen und eine maximale Anlagenhöhe bestimmen. Die Altertheimer Bürger und öffentliche Stellen können sich bereits im Vorfeld einbringen und in zwei Beteiligungsrounds Einwände äußern. Auch die drei Projektpartner unterstützen Altertheim bei dem aufwändigen Verfahren. So wird der Windpark zum gemeinsamen Projekt von Gemeinde und Bürgern.

Gemeinde ist Wind-Vorreiter im Landkreis

„In ihrem Vorgehen in Sachen Windenergie ist die Gemeinde Altertheim ein absoluter Vorreiter im Landkreis Würzburg“, sagt Jens Mühlhaus, Vorstand des Energiepioniers Green City Energy. „Über die Bauleitplanung nutzen sie ihre Chance, die

Energiewende vor Ort auch weiterhin aktiv zu unterstützen.“ Auch die Akzeptanz in der Bevölkerung war bei bisherigen Windprojekten vor Ort vorhanden.

Altertheims Bürgermeister Adolf Hemrich ist zufrieden mit den Fortschritten. „Die Bauleitplanung macht es uns als Kommune möglich, unseren lokalen Windausbau gemeinsam mit unseren Bürgern weiterhin selbstbestimmt zu gestalten.“ Nach aktuellem Stand könnte der geplante Windpark der drei Projektpartner im dritten Quartal 2017 in Betrieb gehen und dann jährlich genug Grünstrom für ca. 5.500 Drei-Personen-Haushalte ins öffentliche Netz einspeisen und so den Energieumstieg auf regenerative Quellen unterstützen.

Über die Green City Energy AG

Die Green City Energy AG (GCE) mit Sitz in München wurde 2005 als Tochter der gemeinnützigen Umweltorganisation Green City e.V. gegründet und steht für eine dezentrale und demokratische Energiewende. Dafür projiziert das Unternehmen Erneuerbare-Energien-Anlagen in den Bereichen Windenergie, Wasserkraft und Photovoltaik und bietet sie privaten Anlegern als Ökologischer Geldanlagen erhalten private Anleger zur Zeichnung an. Bisher wurden Investitionen von über 295 Millionen Euro in Erneuerbare Energien ermöglicht. Über die Kommunale Energieberatung bietet GCE außerdem Landkreisen und Kommunen fachliche und handlungsorientierte Unterstützung auf dem Weg zur lokalen Energieunabhängigkeit. Für ihre wegweisenden Angebote und hohen Nachhaltigkeitsstandards wurde die GCE wiederholt ausgezeichnet. Unter anderem erhielt das Unternehmen den renommierten Sustainability Award als „Nachhaltigstes Unternehmen 2011“ sowie 2013 den Energy Globe Award für die „Revitalisierung von bestehenden Wasserkraftwerken in Frankreich“. Im Sommer 2014 bewertete die renommierte Nachhaltigkeits-Ratingagentur oekom research Green City Energy mit dem Prime-Status B+. Weitere Informationen zu Green City Energy finden Sie unter www.greencity-energy.de.

Über die ABO Wind AG

Das 1996 gegründete Unternehmen initiiert Windparkprojekte, akquiriert Standorte, führt alle technischen und kaufmännischen Planungen durch, bereitet international Bankfinanzierungen vor und errichtet die Anlagen schlüsselfertig. ABO Wind hat bereits 524 Windenergieanlagen und sieben Biogasanlagen mit einer Nennleistung von 1.055 Megawatt ans Netz gebracht. Mehr als 300 Mitarbeiter realisieren jährlich Projekte mit einem Investitionsvolumen von 250 Millionen Euro.

Um Bürger an der Windkraft zu beteiligen, hat ABO Wind 2010 die Betreibergesellschaft ABO Invest gegründet. Sie betreibt europaweit Anlagen zur klimafreundlichen Stromproduktion. Das bislang erworbene Portfolio von 132 Megawatt umfasst 14 Windparks mit 62 Anlagen – 28 in Frankreich, 18 in Deutschland, 14 in Irland, zwei in Finnland. Eine Biogasanlage ergänzt den Bestand. Die Aktie notiert im Freiverkehr der Börse Düsseldorf und kann über jede Bank erworben werden. Die Wertpapierkennnummer (WKN) lautet: A1EWXA. Rund 4.000 Bürger, Stiftungen und Genossenschaften haben sich bereits an ABO Invest beteiligt.

Pressekontakte:

Green City Energy AG

Laura Rottensteiner

Unternehmenskommunikation

Zirkus-Krone-Straße 10

80335 München

Tel: 089-890668-240

laura.rottensteiner@greencity-energy.de

www.greencity-energy.de

Facebook: www.facebook.com/greencityenergy

Youtube: www.youtube.com/user/GreenCityEnergy

Twitter: www.twitter.com/gc_energy

ABO Wind AG

Lena Fritsche

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Unter den Eichen 7
65195 Wiesbaden
Tel.: 0611-267 65-617
presse@abo-wind.de
www.abo-wind.de

Bürger-Energie Altertheim eG

Alfred Grimmer
Bürger-Energie Altertheim eG
Raiffeisenstraße 2
97237 Altertheim
Tel: 09307-222
Fax: 09307-1718
a.grimmer-rb-altertheim@vr-web.de
www.buergerenergie-altertheim.de

Gemeinde Altertheim

Adolf Hemrich
1. Bürgermeister
Oberes Tor 2
97237 Altertheim
Telefon: 09307-223
Telefax: 09307-990880
a.hemrich@vgem-kist.bayern.de
www.altertheim.de

Lena Fritsche

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden
Tel: (0611) 267 65-617; Fax: -599
Mobil: 0152 567 11 617
lena.fritsche@abo-wind.de
www.abo-wind.de

HR Amtsgericht Wiesbaden HRB 12024

Vorstand Dr. Jochen Ahn, Matthias Bockholt, Andreas Höllinger
Aufsichtsratsvorsitzender RA Jörg Lukowsky
Sitz der Gesellschaft Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden